

## Anfragen zum Plenum

vom 8. Februar 2010

mit den dazu eingegangenen Antworten der Staatsregierung

### Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Felbinger, Günther (FW).....	9	Naaß, Christa (SPD).....	4
Prof. Dr. Gantzer, Peter Paul (SPD).....	3	Rinderspacher, Markus (SPD) .....	1
Glauber, Thorsten (FW).....	21	Schindler, Franz (SPD).....	8
Güller, Harald (SPD).....	12	Sprinkart, Adi (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).....	2
Hartmann, Ludwig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). 15		Steiger, Christa (SPD).....	17
Jung, Claudia (FW).....	10	Strobl, Reinhold (SPD).....	18
Karl, Annette (SPD).....	16	Tausendfreund, Susanna (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN).....	5
Maget, Franz (SPD) .....	13	Weikert, Angelika (SPD).....	6
Meyer, Peter (FW) .....	11	Dr. Wengert, Paul (SPD) .....	7
Müller, Ulrike (FW).....	20	Werner-Muggendorfer, Johanna (SPD) .....	22
Muthmann, Alexander (FW).....	14	Wörner, Ludwig (SPD).....	19

### Verzeichnis der Fragen nach Geschäftsbereichen der Landesregierung

#### Geschäftsbereich der Staatskanzlei

- Rinderspacher, Markus (SPD)  
Printanzeigen der Staatsregierung.....1
- Sprinkart, Adi (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Elektrifizierung der Bahnlinie München –  
Lindau .....2

#### Geschäftsbereich des Staatsministeriums des Innern

- Prof. Dr. Gantzer, Peter Paul (SPD)  
Aufnahme von Firmen in die Ausschuss-  
liste Korruption im Zusammenhang mit  
einem Strafbefehl gegen einen ehemaligen  
Bauamtsleiter .....3
- Naaß, Christa (SPD)  
Sperrung der Bundesstraße 25 für den  
Lkw-Durchgangsverkehr .....4
- Tausendfreund, Susanna (BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)  
Einsatz von Polizeivollzugsbeamten.....4
- Weikert, Angelika (SPD)  
Aufnahme von Flüchtlingen aus der Irak.....5
- Dr. Wengert, Paul (SPD)  
Ausbau der B 300 zwischen Dasing  
und Aichach .....6

#### Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

- Schindler, Franz (SPD)  
Verhandlung internationaler Wirt-  
schaftsprozesse vor deutschen Gerichten  
in englischer Sprache .....6

#### Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

- Felbinger, Günther (FW)  
Schulverbund „Mittelschule Südspessart“ .....7

- Jung, Claudia (FW)  
Ministerialbeauftragte der beruflichen  
Oberschulen ..... 8

- Meyer, Peter (FW)  
Veränderungen an Fachoberschulen bzw.  
Berufsoberschulen..... 8

#### Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Finanzen

- Güller, Harald (SPD)  
PR-Beraterverträge bei der BayernLB ..... 9

- Maget, Franz (SPD)  
PR-Beraterverträge bei der BayernLB ..... 10

- Muthmann, Alexander (FW)  
Erhöhung der Bagatellgrenze in Art. 98  
BayBG „Schadenersatz bei Gewalt-  
delikten Dritter und Sachschadenersatz  
bei Unfällen“ ..... 10

#### Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

- Hartmann, Ludwig (BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)  
Notwendigkeit für Kernenergie..... 11

- Karl, Annette (SPD)  
Förderprogramm zum Breitbandausbau ..... 12

- Steiger, Christa (SPD)  
Sanierung der Toilettenanlagen auf dem  
Bahnhofsgelände Lichtenfels ..... 12

- Strobl, Reinhold (SPD)  
Prioritätenliste für wichtige  
Verkehrsprojekte ..... 13

- Wörner, Ludwig (SPD)  
Beschränkung der Laufzeit von  
Atomkraftwerken auf 40 Jahre ..... 14

Die Anhebung der Bagatellgrenze geht zurück auf einen im Zuge der „Verwaltungsreform 21“ ergangenen Beschluss der Staatsregierung aus dem Jahr 2005. Hintergrund war der im Verhältnis geringe Gesamtumfang der jährlichen Schadensersatzleistungen gegenüber dem hohen Personal- und Verwaltungsaufwand. Bereits im Jahr 1998 wurde im Rahmen einer Erhebung zur Wirtschaftlichkeit durch den Bayerischen Obersten Rechnungshof eine deutliche Anhebung dieser Bagatellgrenze gefordert. Die Umsetzung des Beschlusses wurde bis zum Inkrafttreten einer einheitlichen Regelung für die Gewährung von Sachschadenersatz innerhalb und außerhalb der Unfallfürsorge zurückgestellt. Seit der Änderung des Bayerischen Beamtengesetzes zum 1. April 2009 richtet sich die Gewährung von Sachschadenersatz innerhalb und außerhalb der Unfallfürsorge nach Art. 98 Abs. 2 BayBG und den hierzu erlassenen Verwaltungsvorschriften. Mit Inkrafttreten der neuen Verwaltungsvorschriften zum 1. August 2009 wurde nunmehr auch der Ministerratsbeschluss vom 28. Juni 2005 umgesetzt.

Von weitergehenden Überlegungen, den Sachschadenersatz außerhalb der Dienstunfallfürsorge ersatzlos zu streichen, wurde aus Rechts- und Fürsorgegründen abgesehen. Damit sollen vor allem die Erstattungsfälle für Schäden an sonstigen mitgeführten Gegenständen reduziert und den verwaltungsökonomischen Anforderungen Rechnung getragen werden, ohne dass auf der anderen Seite eine unzumutbare Belastung des Einzelnen zu befürchten ist. Die Zugrundelegung des Zeitwerts entspricht allgemeinen Grundsätzen des Schadensrechts und wurde nicht geändert.

## **Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie**

15. Abgeordneter **Ludwig Hartmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- Mit Bezugnahme auf das Interview des „General-Anzeigers Bonn“ vom 5. Februar 2010 mit Herrn Bundesumweltminister Norbert Röttgen und dem Interview der Süddeutschen Zeitung vom 6. Februar 2010, frage ich die Staatsregierung, ob sie die Ansicht von Bundesumweltminister Norbert Röttgen teilt, wonach es keine Notwendigkeit für Kernenergie gibt, wenn in Deutschland der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromproduktion bei 40 Prozent liegt, und welche Konsequenz hat dies für die schrittweise Stilllegung der Atomreaktoren, insbesondere auch für den ältesten der bayerischen Reaktoren?

### **Antwort des Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie**

Im Interview hat Herr Bundesumweltminister Röttgen nur mathematisch berechnet, dass beim derzeitigen Anteil der erneuerbaren Energien von 16 Prozent und einem Anteil der Kernenergie von 23 Prozent theoretisch die Kernenergie bei einem Anteil der erneuerbaren Energien von 40 Prozent abgelöst werden könnte. Zum einen ist dieser Anteil noch lange nicht erreicht und damit die Frage hinfällig, zum anderen bleibt die Frage der Versorgungssicherheit offen:

Alle erneuerbaren Energien, insbesondere Strom aus Windkraft und Fotovoltaik, sind extremen Leistungsschwankungen unterworfen. Die Fragen der Speicherung sind und werden bis auf Weiteres trotz größter Forschungsanstrengungen offen bleiben. Der Einsatz konventioneller Kraftwerke wie der Kernkraftwerke ist dagegen planbar, sodass eine rein mathematische Betrachtung hier nicht zielführend ist. Zudem würden damit – theoretisch – nur die CO<sub>2</sub>-freien Kernkraftwerke ersetzt. Der Ersatzbedarf z.B. für die alten Kohlekraftwerke ist hier noch nicht berücksichtigt.

Für eine Abschaltung eines Kernkraftwerks gibt es keinen Grund. Auch das älteste Kernkraftwerk Isar 1 ist sicher, andernfalls hätte es das Bundesumweltministerium als oberste Aufsichtsbehörde bereits abschalten müssen.

Diese Fragen werden auch Teil des im Herbst vorzulegenden Energiekonzepts der Bundesregierung sein.

16. Abgeordnete  
**Annette  
Karl**  
(SPD)
- Vor dem Hintergrund der Aussage von Herrn A. von der Regierung von Oberbayern in der „Wolfratshauser SZ“ vom 4. Februar 2010, dass geplant sei, das Förderprogramm zum Breitbandausbau in Bayern Ende des Jahres auslaufen zu lassen, und nachdem bereits jetzt der Ausbau schneller Internetverbindungen in ländlichen Gebieten nur schleppend vorangeht, frage ich die Staatsregierung, wie will sie nach Auslaufen des Programms die gesetzten Ziele zum Breitbandausbau in Bayern erreichen, gibt es Planungen, diesen Ausbau als Aufgabe der Daseinsvorsorge ganz in Staatsobhut zu nehmen, und was passiert mit den verbliebenen Millionen aus dem Fördertopf zum Breitbandausbau?

#### **Antwort des Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie**

Die Anfrage geht von unzutreffenden Annahmen aus. Der Breitbandausbau läuft keineswegs schleppend. Vielmehr wird das bayerische Förderprogramm seit der Verbesserung der Förderkonditionen von den Gemeinden hervorragend angenommen. Bislang wurden für 218 Gemeinden Investitionsvorhaben bewilligt. 27 Maßnahmen sind bereits umgesetzt und am Netz. Aktuell liegen den Regierungen etwa 100 weitere Anträge zur Genehmigung vor. Insgesamt wurden bereits mehr als 14 Mio. Euro an Fördergeldern bewilligt. Bayern liegt damit bundesweit in der Spitzengruppe.

Ich werde dem Ministerrat in Kürze vorschlagen, die Laufzeit des Bayerischen Breitbandförderprogramms um ein Jahr, also bis Ende 2011, zu verlängern. Ich gehe davon aus, dass die bereit stehenden Mittel in Anspruch genommen werden.

Die Frage verkennt die Auswirkungen einer Ausgestaltung der Breitbandversorgung als Daseinsvorsorge bzw. Universaldienst. Ein Universaldienst bringt keine Vorteile im Vergleich zur jetzigen Zuschussförderung, sondern hochbürokratische Verfahren und aufgrund eines niedrigen Mindeststandards Verschlechterungen gegenüber dem jetzigen Verfahren. Ein Universaldienst müsste technologieneutral umgesetzt werden und ist daher kein Weg hin zu einer flächendeckenden DSL- oder gar Glasfaserversorgung. Insbesondere könnte ein Universaldienst auch mit Funk- und Satellitenlösungen erfüllt werden.

17. Abgeordnete  
**Christa  
Steiger**  
(SPD)
- Ich frage die Staatsregierung, wer ist nach welcher Rechtsgrundlage für die Vorhaltung und Sanierung der Bahnhofstoiletten im Bereich des Bahnhofs Lichtenfels, der sowohl ICE-Haltebahnhof wie auch Verkehrsknotenpunkt ist, zuständig und wie bewertet sie die Tatsache, dass die Regierung von Oberfranken nur dann einen Zuschuss gewähren wird, wenn die bisherige Toilettenanlage auf dem Bahnhofsgelände renoviert werden würde?